

~~120~~ / 120 (S. 9/10 Eberhard Frenschbacher (Hrsg.))  
→ RN

# Montagna

Nr. 1/2 Februar 1990

1. Jahrgang



Monatsberichte



Alpwirtschaftliche Monatsblätter

Monatszeitschrift des Schweiz. Alpwirtschaftlichen Vereins und der Schweiz. Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete

Bulletin mensuel de la Société suisse d'économie alpestre et du Groupement suisse pour les régions de montagne

Bollettino mensile della Società svizzera di economia alpestre e del Gruppo svizzero per le regioni di montagna

Informationsorgan der BEREG

Bulletin d'information de SEREC

Bollettino d'informazione della SEREC



troffenen Berggemeinden zunimmt. Das Berggebiet und die SAB werden es nicht zulassen, dass ein restriktiver Gewässerschutz auf dem Buckel der Gemeinwesen im Berggebiet durchgeführt wird, ohne die Ausfälle abzugelten. Die längerfristige Erhaltung einer einmaligen intakten Landschaft ist eine ebenso bedeutende Leistung für unsere Gesellschaft wie die Energieproduktion.

#### Résumé

#### Les mesures de protection des eaux ne doivent pas se faire aux dépens des régions de montagne

Après la discussion concernant la loi sur la protection des eaux, il reste de nombreuses différences entre la position du Conseil des Etats et celle du Conseil national. Le Conseil des Etats n'a pas bougé d'un poil de sa ligne de conduite et n'a pas jugé bon de faire en sorte que la révision puisse être une contre-proposition valable à l'initiative pour la protection des eaux. Depuis la votation sur l'initiative pour la protection des marais, initiative de Rothenthurm, nous savons que les citoyens et citoyennes suisses sont sensibles aux arguments de la protection de la nature, tout particulièrement quand la

grande majorité n'est pas directement concernée par les mesures proposées. L'agriculture et la production énergétique sont deux domaines où l'écologie et la protection du paysage rencontrent pas mal d'adeptes. Les mesures nécessaires concernant la protection des eaux ne doivent pas pour autant se faire sur le dos des communautés publiques des régions de montagne.

#### Riassunto

#### Le misure per la protezione delle acque non devono svantaggiare le regioni di montagna

Dopo le discussioni sulla legge per la protezione delle acque rimangono ancora delle grosse differenze fra il Consiglio degli Stati ed il Consiglio nazionale. Il Consiglio degli Stati non ha sgarrato di un millimetro dalla linea già decisa in precedenza e nel riesaminare la legge non si è minimamente dato la briga nel darle quella forma necessaria per eventualmente presentarla quale controprogetto all'iniziativa popolare sulla protezione delle acque. Nell'agricoltura e nel campo energetico non si devono dimenticare i traguardi finali: produzione ecologica e mantenimento del paesaggio. Queste mi-

sure, che sono oltremodo necessarie, non possono però avvenire sulle spalle delle regioni e degli enti pubblici montani.

#### «Excusez-moi, mon colonel»

Bei der Armeeabschaffungs-Diskussion wurde immer wieder auf die Verflechtung der Politik mit der Wirtschaft und dem Militär hingewiesen. Neu ist diese Erscheinung jedoch nicht, wie eine Anekdote aus dem 19. Jahrhundert zeigt: Damals wimmelte es in der Bundesversammlung so sehr von Obersten, dass ein blinder Tessiner Ständerat, wenn er im Bundeshaus an eine Säule stiess, jedesmal murmelte: «Excusez-moi, mon colonel!» (Entschuldigung, Herr Oberst).

Lors de la discussion à propos de l'initiative «Pour une Suisse sans armée», on a très souvent parlé des relations étroites entre l'économie, la politique et l'armée. Ce n'est pas nouveau comme le prouve cette anecdote du 19<sup>e</sup> siècle. A l'époque, il y avait tellement de colonels qui faisaient partie de l'Assemblée fédérale qu'un conseiller d'Etat tessinois, aveugle, disait, à chaque fois qu'il heurtait une colonne: «Excusez-moi, mon colonel!»

### Energiebericht des Kantons Bern

# Dezentrale Energiepolitik schafft Arbeitsplätze

Ruedi Meier, VEWD, Reiterstrasse 11, 3011 Bern

*Seit Jahren ist die eidgenössische Energiepolitik weitgehend lahmgelegt: Nach wie vor fehlt ihr eine griffige Verfassungsgrundlage. Auf der Strecke bleiben damit wichtige, einheimische Energienutzungspotentiale, aber auch Sparmöglichkeiten, die nicht nur dezentrale Arbeitsplätze, sondern auch mehr Lebens- und Umweltqualität schaffen würden. Anhand des zweiten Energieberichtes des Kantons Bern werden die Chancen einer aktiven Energiepolitik für die Randregionen aufgezeigt.*

#### Einheimische, erneuerbare Energiequellen

Der Kanton Bern verfügt seit 1981 über ein Energiegesetz. Einige wichtige Impulse sind damit ausgelöst worden: So werden erneuerbare, einheimische Ener-

giequellen gefördert. Im Vordergrund stehen Sonnenenergieanlagen, Warmwasseraufbereitung sowie Fotovoltaik, Wärmepumpen sowie Holzenergieanlagen. Ebenfalls können Biogas- und Windenergieanlagen unterstützt werden. Die Beiträge der erneuerbaren Energiequellen an

die Gesamtenergieversorgung sind aber noch nicht erheblich. Zuerst müssen wichtige Erfahrungen für einen Zukunftsmarkt gesammelt werden. Einige Produktions- und Planungsbetriebe mit mehreren Dutzend Arbeitsplätzen sind im Bereich der erneuerbaren Energien bereits entstanden.

#### Individuelle Heizkostenabrechnung

Für alle neu zu erstellenden Wohnungen ab vier Räumen ist die individuelle Heizkostenabrechnung obligatorisch. Für bestehende Wohnungen ist eine Uebergangsfrist vorgesehen. Mit der separaten Heizkostenabrechnung wird das individuelle Energieverhalten positiv beeinflusst. Ein-



sparungen des Wärmeverbrauches von 15 bis 20 % sind festzustellen. Die Mehrkosten für die Installation der Wärmezähler sind in einigen Jahren dank den geringeren Energieausgaben rentabel. Gleichzeitig werden jährlich 200 zusätzliche Arbeitsplätze in der Sanitärbranche geschaffen. Die Arbeitsplätze fallen dabei zu einem guten Teil bei lokalen Gewerbetreibenden an.

Spezielle Probleme wirft die Behandlung der Ferienhäuser auf. Bei den bestehenden Zweitwohnungen ist die Einführung der individuellen Heizkostenabrechnung kaum möglich. Die unterschiedliche Nutzungsdauer und die ungenügende Isolation zwischen den Wohnungen lassen eine wohnungsspezifische Zurechnung der Heizkosten kaum zu. Hingegen kann bei neuen Ferienhäusern die individuelle Heizkostenabrechnung verlangt werden, wenn zwischen den Wohnungen eine ohnehin sinnvolle Isolation vorgeschrieben wird.

### Zweiter Energiebericht: Stabilisierung des Verbrauchs

Die zukünftige Energiepolitik sieht folgende Zielsetzungen vor:

- Mittelfristige Stabilisierung des Energieverbrauches
- Wirtschaftlichen und umweltschonenden Energieeinsatz
- Erhöhung des Anteils einheimischer und erneuerbarer Energie

Konkret soll der Verbrauch von Erdöl um ca. 15 % reduziert werden. Beim Erdgasverbrauch wird mit einer Zunahme in der gleichen Grössenordnung gerechnet.

Beim Stromverbrauch wird längerfristig eine Zunahme von rund 25 % erwartet (kantonaler Verbrauch im Jahre 1987: 5700 GWh), in Fotovoltaikanlage (+ 300 GWh) sowie durch die Modernisierung von Wasserkraft- und Kleinkraftanlagen (+ 150 GWh) erzielt werden. Der Anteil Kernenergie- sowie Stromimport soll vorläufig stabil bleiben.

### Sparpotential ausschöpfen: Notwendiger Bundesbeschluss

Mit den Wärmedämmvorschriften (SIA-180/1) konnten im Kanton Bern erhebliche Energiemengen eingespart werden. Diese Politik soll weitergeführt und verbessert werden. Zudem sollen die grossen Sparpotentiale beim Elektrizitätskonsum von rund 30 % ausgeschöpft werden. Allerdings ist der Kanton dabei auf die Eidgenossenschaft angewiesen. Möglichst rasch sollten die gesetzlichen Grundlagen für den Erlass von Verbrauchsstandards und Typenprüfungen vom Bund erlassen werden, wie sie im Energienutzungsbeschluss vorgesehen sind. Die Annahme des Energienutzungsbeschlusses im eidgenössischen Parlament ist deshalb von grösster Bedeutung. Die Sparanstrengungen will der Kanton durch Massnahmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung sowie der Beratung unterstützen. Ebenfalls sind konkrete Schritte bei der Sanierung der eigenen Gebäude im Gang.

### Förderung des Gewerbes

Längerfristig haben die vorgeschlagenen Massnahmen des zweiten Energieberich-

tes jährlich zusätzlich 1'000 Arbeitsplätze zur Folge. Dabei kommen die Arbeitsplätze vor allem dem Gewerbe zugute. Der grösste Teil wird in der Bau- und Planungsbranche anfallen. Es werden zahlreiche kleinere und mittlere Betriebe positiv beeinflusst. Die meisten Massnahmen des Berner Energieberichtes sind rentabel: Die zusätzlichen Auslagen für die Sparinvestitionen sind geringer als die eingesparten Energieausgaben. Mit Ausnahme der Fotovoltaik ist ebenfalls die zusätzliche Stromproduktion relativ günstig: Die Kosten pro Kilowattstunde belaufen sich auf 10 bis 20 Rappen. Die positiven Effekte einer zukunftsgerichteten Energiepolitik sind kaum erstaunlich. Die Sparmassnahmen und die einheimische relativ günstige Energieproduktion haben zur Folge, dass weniger Geld für den Energiebezug aus dem Ausland (Erdöl- und Stromimporte) aufgewendet werden muss. Das Geld wird direkt in der Region für das Energiesparen und die dezentrale Energieproduktion ausgegeben. Es lohnt sich aus Sicht des Berggebietes, eine aktive Energiepolitik auf kantonaler und eidgenössischer Ebene zu forcieren.

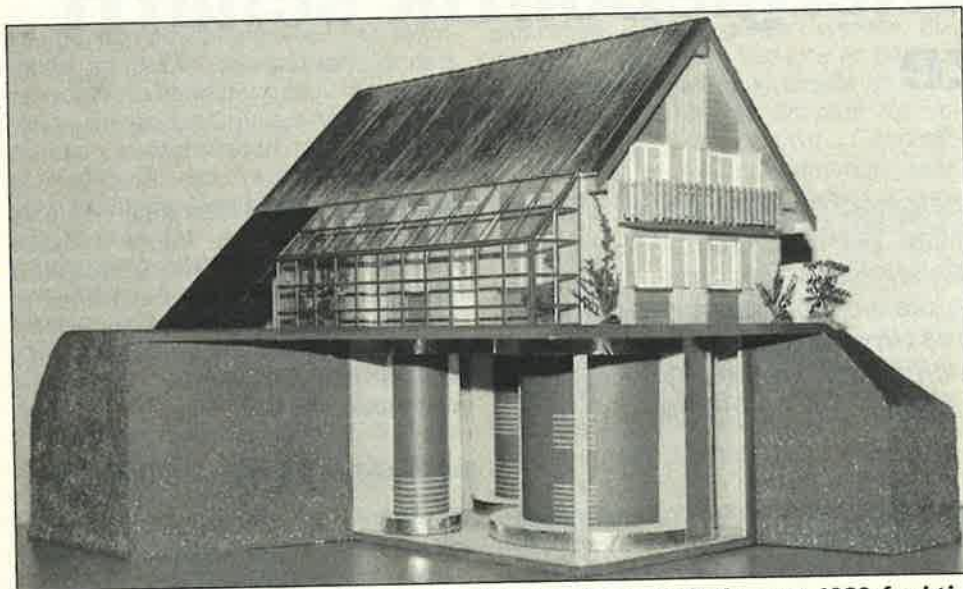
### Inhaltsverzeichnis des Zweiten Berner Energieberichtes

Einleitung  
Heutige Energiestruktur  
Energieszenarien – mögliche Entwicklung  
Zukünftige Energiepolitik – Aktionsprogramme  
Beurteilung der Auswirkungen  
Leitsätze der Energiepolitik  
Bezugsquelle: VEWD, Reiterstrasse 11, 3011 Bern (031/69 36 11)

### Résumé

#### La décentralisation de l'approvisionnement énergétique créé des emplois

Depuis plusieurs années, la politique énergétique fédérale est comme paralysée: la base constitutionnelle fait cruellement défaut pour aller de l'avant. Non seulement des potentiels énergétiques restent ainsi inutilisés, mais des économies d'énergie créatrices d'emplois restent inexploitées. Le deuxième rapport sur l'énergie du canton de Berne, qui a paru récemment, indique un certain nombre de possibilités pour une politique énergétique active où les régions périphériques ont un rôle important à jouer.



**Energie-Forschungsunterstützung im Kanton Bern: Seit August 1989 funktioniert das «Nullenergiehaus». Wärmekollektoren fangen die Sonnenenergie auf, die bei Bedarf aus grossen Wärmespeichern abgezogen werden kann (Jenni-Haus).**